

„Eine Mogelpackung“

MdB Arnold kritisiert die Bankenabgabe

NÜRTINGEN (pm). Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold bezeichnet die von der Bundesregierung ins Spiel gebrachte Bankenabgabe als „Mogelpackung“. Durch die geplante Abgabe von Union und FDP würden die Kosten wieder beim Steuerzahler abgeladen. Finanzminister Schäuble habe erst kürzlich bestätigt, dass das maximale Aufkommen aus dem Fond nicht mehr als eine Milliarde Euro betragen würde, so Arnold in einer Pressemitteilung. Das würde es den Banken erleichtern, sich zukünftiger Risiken zu einem relativ geringen Preis zu entledigen. Für Arnold der falsche Weg. Es werde nicht die jüngste Krise aufgearbeitet und zudem werde kein Anreiz geschaffen, dass die Banken ihr Fehlverhalten und ihre waghalsigen Spekulationsgeschäfte ändern, sondern es werde ein Polster für den nächsten Aufprall geschaffen.

Eine dramatische Fehlentscheidung sei weiterhin, dass die Versicherungen gar keine Abgabe zahlen müssten. Doch auch Hedgefonds und Versicherungen sollten nach Arnolds Ansicht zahlen müssen. „Dieser Entwurf ist ein klarer Sieg für die Lobbyisten der Privatbanken und der Versicherungen“, so der Bundestagsabgeordnete. Die Kreissparkassen und Volksbanken müssten eine Abgabe leisten, obwohl sie nicht zu den Verursachern gehörten. Die Befürchtung, dass diese Belastung im Zuge der Kreditvergabe an die Kunden und an den Mittelstand weitergegeben werde, sei nicht von der Hand zu weisen. Das blockiere den notwendigen Investitionsschub in Deutschland.

„Was mich sehr ärgert, ist, dass die Regierung die internationale Finanztransak-

tionssteuer völlig aus den Diskussionen heraus lässt“, so Arnold. Diese sei jedoch gezielt auf das spekulative Geschäft gerichtet: „Ein Verbot besonders gefährlicher Finanzprodukte bleibt außen vor.“ Die SPD schlage vor, dass bei jeder Transaktion 0,05 Prozent des Handelsvolumens als Steuer anfallen sollen. Privatpersonen wären durch die Finanztransaktionssteuer nicht betroffen. Sollte eine internationale Steuer nicht möglich sein, so sei das Ziel, eine europäische Abgabe zu erreichen oder aber zumindest eine Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild, fordert der SPD-Politiker. Das hätte seiner Ansicht nach eine positive Lenkungswirkung auf das Verhalten derjenigen Banken, die höchst risikoreich agierten.

Die Finanzhandelsplätze Zürich und London, die beide eine Gebühr erhöhen, zeigten, dass durch diese Maßnahme nicht der Standort Deutschland bedroht sei. „In Deutschland wurde die Börsenumsatzsteuer erst 1991 abgeschafft. Mit dem Geld, das man über diese Steuer einnimmt, könnte man in die Bildung investieren oder die Armut bekämpfen“, so Arnold. Erfreulicherweise hätten innerhalb kurzer Zeit 50 000 Menschen die Online-Petition „Steuer gegen Armut“ unterschrieben. Deshalb werde es im Petitionsausschuss bald eine öffentliche Anhörung zur internationalen Finanztransaktionssteuer geben. Die geschäftsführende Mehrheit im Finanzausschuss habe eine Anhörung von Experten blockiert. „Das zeigt, dass sich die Regierung vor guten Argumenten scheut und nur aus taktischen Gründen, aufgrund der nahenden NRW-Wahl, das Thema einer Bankenabgabe aufgenommen hat“, so Arnold.